SCHADER-DIALOG

Magazin der Schader-Stiftung Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

2/17

Sicher in der Stadt

Zusammenleben und Konflikt







BEGLETENDES PROGRAMM



, WIR SEHEN

URBANE

UNSICHERHEIT



Schader Stiftung

SEITE 3

SEITE 18

► EDITORIAL

► PROJEKTE

2017

SEITE 4

► SCHADER-PREIS

SEITE 22

2017

► NACHRICHTEN

SEITE 8

SEITE 23

► WOHNQUARTIER

► TERMINE

INNENSTADT

SEITE 26

SEITE 11

► SOMMERCAMP

► <u>RÜCKKEHR DER</u> WOHNUNGSERAGE

<u>2017</u>

SELTE 27

SEITE 14

► IMPRESSUM

► HUMAN NETWORK

SEITE 16

► SOZIOLOGIE IN

DER SCHULE?

Titelbild: Ergebnispräsentation des Sommercamps 2017 im Schader-Forum. Wie alle zwei Jahre hat die Schader-Stiftung mit der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius und weiteren Kooperationspartnern zwanzig junge Menschen ausgewählt, die in interdisziplinären Teams vier Tage lang intensiv zusammengearbeitet haben. Zum Thema "Sicher in der Stadt. Zusammenleben und Konflikt im Stadtraum" wurden die mit hoher Motivation entwickelten Dialog-Projekte präsentiert.

EDITORIAL

Mit dem Dialogprojekt "Zentrum für urbane Unsicherheit" hat die Jury des Sommercamps 2017 einen innovativen Ansatz ausgezeichnet, Unsicherheit im Lebensraum als positive Herausforderung zuzulassen. In dem gemeinsamen Sommercamp der Schader-Stiftung mit der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, dem Deutschen Werkbund Hessen, der Akademie der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL wurde damit das Thema "Sicher in der Stadt" ebenso konstruktiv wie unerwartet gewendet.

Mehrere Berichte in diesem Schader-Dialog führen in weitere Facetten des Themas ein; vom "Stadt (er)leben" über das "Wohnquartier Innenstadt" unter dem Aspekt der Integration in den Zentren von Klein- und Mittelstädten bis zu immobilienpolitischen und -wirtschaftlichen Fragestellungen der "Rückkehr der Wohnungsfrage".

Zur Halbzeit des Konventsthemas 2017 "Definiere Deutschland!" hat die Schader-Preisträgerin Nicole Deitelhoff den "Streit als Quelle der Erneuerung demokratischer Gemeinwesen" zum Thema gewählt. Die Schader-Stiftung hinterfragt 2017 kontinuierlich Werte, Haltungen und Motive auf der Suche nach dem Zusammenhalt und Perspektiven der Gesellschaft. Dazu gehören konstitutiv der produktive Streit, die angenommene Unsicherheit und die offene Diskussion, beispielsweise von "Defekten der Demokratie", die in einer intensiven Gesprächsreihe im Juni verhandelt wurden. Nicht zufällig lädt die Stiftung am 24. September ins Schader-Forum ein zu "transitachtzehnuhr – Bundestagswahl live. Ein Wahlabend mit Wein, Brezeln und Gesellschaftswissenschaften".

Das zweite Halbjahr zielt schließlich auf den fünften Großen Konvent im November, der mit Keynotes von Paul Kirchhof und Safiye Yildiz und achtzehn Impulsreferaten aus Gesellschaftswissenschaften und Praxis noch einmal provoziert: Definiere Deutschland!

ALEXANDER GEMEINHARDT

Vorstand der Schader-Stiftung



Fragt man nach den größten Qualitäten der jeweiligen Stadt, so bezieht sich weit die Hälfte der Antworten (altersübergreifend) auf die zentralen Freiräume wie Plätze, Parks und die innerstädtischen Elemente der Stadtlandschaft. Ebenso deutlich zeigt aber auch die Frage nach den noch ausstehenden Handlungserfordernissen, dass in den Innenstädten nach wie vor ganze Quartiere existieren, deren Erscheinungsbild von unsanierten Gebäuden und Straßenräumen sowie aus der Nutzung gefallenen Räumen geprägt wird. Auch hier besteht der Wunsch nach baulicher und sozialer Sicherung und Aufwertung durch teilräumige Interventionen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN LIEGEN ABSEITS DER ZENTRALEN ADRESSEN

Kann die Qualifizierung des öffentlichen Raums auch hier als Initialzündung strategisch betrieben werden? Sicher ist, dass in den klein- und mittelstädtischen Wohnquartieren abseits der zentralen Lagen die Grenze zwischen öffentlich und privat sehr verwischt. Bereits in den Nebenstraßen nimmt der Grad an Urbanität ab und vor der Haustür des Nachbarn wird der öffentliche Raum sehr schnell nicht mehr als solcher wahrgenommen. Der Anspruch an ihn als Kommunikations- und Begegnungsraum besteht nicht zwangsläufig. Den wirklich genutzten Frei- oder Grünraum hat man auf dem eigenen Grundstück. Und Markt und Wald sind auch nicht weit. Schließlich ist man eben nicht in der Großstadt. Das zeigen immer öfter auch die neuen Stadthäuser: Sie wenden sich architektonisch von der Kommunikationszone ab und verzichten sogar auf Wohnnutzungen im Erdgeschoss. Der Anspruch an den alltäglichen öffentlichen Raum ist vielmehr der: Er soll aufgeräumt sein und seine Funktionen erfüllen.



ANDREAS PAUL ist Mitinhaber des Büros für urbane Projekte in Leipzig.

Mit Blick auf das Ziel, das Wohnen in den Innenstädten zu stärken, muss man sagen, dass die Gestaltung des öffentlichen Raums alleine die sehr vielschichtigen Problemsituationen nicht auflösen kann. Dafür sind die vorhandenen "Selbstheilungskräfte" oft zu gering. Und es geht um mehr. Die Wahl des Wohnstandortes, der Art des Wohnens oder gar die Schaffung von Wohneigentum setzen Sicherheit voraus. Sicherheit bezüglich des Arbeitsplatzes, einer funktionierenden Versorgung vor Ort, stabiler Nachbarschaften und das Vorhandensein notwendiger sozialer und Bildungsinfrastrukturen.

INITIALZÜNDUNG JA, ABER NICHT LOSGELÖST VOM GANZEN

So gesehen kann und darf der öffentliche Raum nicht losgelöst vom Ganzen betrachtet werden. Seine Qualifizierung muss Teil einer themenübergreifenden Strategie sein. Diese dann zu verfolgen bedeutet, über einen langen Zeitraum hinweg zahlreiche kleinteilige Maßnahmen prozesshaft und partizipativ umzusetzen.

Die Förderung von Identifikation, Begegnung und Teilhabe kann nur durch die Schaffung lebendiger Orte gelingen. Diese entstehen erst durch die Nutzer selbst. Gemeinsame Planung im Dialog kann für eine Stadtgesellschaft eine Initialzündung darstellen, die weit über die gebaute Stadt hinausgeht.

WEITERE INFORMATIONEN:

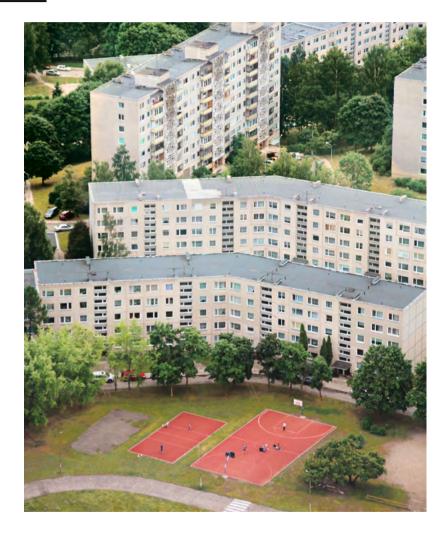
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/WOHNQUARTIERINNENSTADT

Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projekts *Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis* der Schader-Stiftung statt und wurde gefördert durch das hessische Landesprogramm WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren.



DIE RÜCKKEHR DER WOHNUNGSFRAGE

ANSÄTZE UND HERAUSFORDERUNGEN LOKALER POLITIK



Veranstalter der Tagung "Die Rückkehr der Wohnungsfrage", die am 19. und 20. Juni 2017 im Schader-Forum stattfand, waren die Schader-Stiftung, die Technische Universität Darmstadt und der Arbeitskreis "Lokale Politikforschung" der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Gefördert wurde die Veranstaltung von der Hans-Böckler-Stiftung.

Eines ist auf der Fachtagung "Die Rückkehr der Wohnungsfrage" deutlich geworden: Die zentralen Probleme der Wohnungspolitik waren nie wirklich gelöst, doch die Antworten auf die Wohnungsfrage fielen über die Zeit unterschiedlich aus. Wohin steuert die Wohnungspolitik jetzt? Und was sind die Strategien kommunaler Akteure aktuellen Problemlagen zu begegnen?

▶ Die Grundprinzipien der deutschen Wohnungspolitik haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren massiv verändert. Ging man bis in die 70er und 80er Jahre in der Bundesrepublik noch zaghaft mit Änderungen im Bereich der Wohnungsversorgung und des Mietrechts um, ist spätestens seit den Reformen des Kabinetts Schröder zu Beginn der Jahrhundertwende und der Abschaffung der Eigenheimzulage in der 16. Legislaturperiode unter Kanzlerin Merkel eindeutig, dass der Bund sich aus der aktiven Objektförderung zurückgezogen hat. Anstelle der Investitionen "in Steine" ist die Subjektförderung getreten, welche die bedürftigen Haushalte ermächtigen soll, sich am Markt mit Wohnraum zu versorgen.

Dies wird umso deutlicher, betrachtet man den Rückgang der Neubauaktivitäten im sozialen Wohnungsbau. So wurden im Jahr 2015, trotz eines 17-prozentigen Anstiegs im sozialen Wohnungsbau, lediglich 14.700 Sozialmietwohnungen fertig gestellt (BT-Drs. 18/11403:20). Im Jahr 1980 belief sich der Neubau noch auf fast 100.000 Wohneinheiten. Insbesondere die Städte haben jedoch durch den stetig anwachsenden Zuzug einen steigenden Bedarf an preisgünstigen Wohnungen. Durch die geringe Menge an belegungsgebundenen Sozialwohnungen müssen sich einkommensschwache Haushalte am klassischen Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen, dies resultiert in höheren Ausgaben seitens der Kommunen, die die Kosten der Unterkunft seit den Hartz-Reformen von 2006 nach SGB II und XII tragen müssen. Zudem führt die erhöhte Nachfrage zu einer weiteren Anspannung des Wohnungsmarktes im Niedrigpreissegment, was wiederum zu einer Erhöhung der Mietbelastung für die unteren und mittleren Einkommensschichten führt.

Die Kommunen sind dabei mehrfach gestraft. Neben den steigenden Kosten für Transferleistungen müssen die Kommunen durch das Inkrafttreten der sogenannten Schul-



denbremse (2011) einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Zugleich hängt der in der Föderalismusreform I verabschiedete Austritt des Bundes aus der sozialen Wohnraumförderung ab dem Jahr 2019 wie ein Damokles-Schwert über den Köpfen der Stadtkämmerer. Die Kommunen müssen so die immer teurere Versorgung allein aus ihren Einnahmen sichern. Da hilft es nicht, dass angesichts eines renditeschwachen Niedrigzinsumfeldes internationale Investoren neue Anlagemöglichkeiten in deutschen Immobilien gefunden zu haben scheinen und die Preise weiter hochtreiben. Dies betrifft nicht nur die Großstädte, sondern durchaus B- und C-Lagen in den Mittelstädten, wie Dr. Michael Mießner in seinem Vortrag anhand der Beispiele Göttingen und Neuruppin eindrucksvoll dargelegt hat.

Die Lage ist demnach ernst, aber was kann man tun, damit Wohnraum auch in Zukunft bezahlbar ist und sich überhitzte Wohnungsmärkte in Großstädten wie München oder Frankfurt wieder entspannen? Auf der Fachtagung "Die Rückkehr der Wohnungsfrage" am 19. und 20. Juni 2017 im Schader-Forum in Darmstadt wurden hierzu unterschiedlichste Perspektiven und Ansätze eingebracht.

Hierbei ist deutlich geworden, wie facettenreich die wohnungspolitische Forderung nach guten und bezahlbaren Wohnungen eigentlich ist. Dies beginnt schon bei der Frage, welche Wohnungen gebraucht und gebaut werden sollten. Hier liefern die Architekten Axel Koschany und Arne Steffen erste Impulse. So setzt Koschany auf die Massenproduktion modularer Wohnsysteme, die in der Herstellung günstig sind und den Wohnraum optimal ausnutzen. In eine ähnliche

Richtung argumentiert auch der Architekt Arne Steffen. Wohnungen müssen nicht besonders groß, sondern sinnvoll aufgebaut sein und sich an dem Bedarf der Menschen orientieren. Dr. Stefan Brauckmann betont dabei im Kontext der Stadtentwicklung, dass hier insbesondere im Bereich der Kleinwohnungen für die steigende Anzahl an Einpersonenhaushalten nachgesteuert werden muss.

Nichtsdestotrotz müssen diese Wohneinheiten zunächst finanziert werden, um dann kostengünstig auf dem Wohnungsmarkt vermietet werden zu können. In dieser Hinsicht ist wieder die Kommune gefragt. Wie Prof. Stephan Grohs und Steffen Zabler herausgearbeitet haben, besteht eine hohe Varianz in den Strategien der Städte hinsichtlich ihrer Haushaltsausgaben im Bereich der Wohnungs- und Sozialpolitik. Interessant ist vor allem die Rückkehr des sozialen Wohnungsbaues auf die kommunale Agenda, da eine bloße Steuerung über kostenintensive Belegrechte an ihre Grenzen stößt. Dieser Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungspolitik wurde im Rahmen der Tagung von Prof. Dieter Rink näher erläutert. So spiegelt sich insbesondere in den Schwarmstädten die angespannte Lage am Wohnungsmarkt im öffentlichen Diskurs wider. Die prominente Platzierung der Wohnungsfrage im politischen Diskurs der jeweiligen Städte führt sowohl zu einer Erarbeitung neuer kommunaler Wohnkonzepte als auch zu einer erneuten Etablierung altbekannter Instrumente wie die soziale Bodennutzung oder kommunaler Wohnungsbau.

Was deutlich wird ist, dass die Debatte zur Wohnungspolitik intensiv geführt wird und hieraus eine Reihe neuer und alter Ideen wieder auf die politische Agenda gelangt sind. Die Fachtagung hat dabei bewiesen, dass der kontinuierliche Dialog zwischen Gesellschaft, Wissenschaft und Praxis diesen Prozess sinnvoll begleiten kann.

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/
WOHNUNGSFRAGE



MAX KAYSER ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt.

TAGUNGSREADER "DIE RÜCKKEHR DER WOHNUNGSFRAGE. ANSÄTZE UND HERAUSFORDERUNGEN LOKALER POLITIK"

► Einen Überblick über die vielfältigen Ansätze zur Bewältigung der Wohnungsfrage, die aktuell debattiert werden, bietet der Reader zur Tagung "Die Rückkehr der Wohnungsfrage" vom Juni 2017 im Schader-Forum. Fokussiert auf die lokalen Handlungsmöglichkeiten bot die Tagung eine umfassende Zusammenschau der mit der Wohnungsfrage verbundenen Herausforderungen und Lösungsansätze. Diese

gehen weit über bauliche Themen hinaus, umfassen etwa auch die Rolle des Sozialstaats und Fragen der sozialen Integration. Der Reader enthält Kurzfassungen der über 40 Beiträge und Diskussionsimpulse der Tagung sowie einen zusammenfassenden Tagungsbericht. Er kann als PDF-Datei unter www.schader-stiftung.de/wohnungsfrage kostenlos heruntergeladen werden.



Das Magazin SCHADER-DIALOG erscheint zweimal jährlich.

SCHADER-DIALOG 2/17 Magazin der Schader-Stiftung Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

HERAUSGEBER Schader-Stiftung, v.i.S.d.P.: Alexander Gemeinhardt

AUTOREN UND AUTORINNEN Klaus von Beyme, Nicole Deitelhoff, Sebastian Fellner, Verena Fries, Alexander Gemeinhardt, Reinhold Hedtke, Max Kayser, Reiner Keller, Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Andreas Paul, Natascha Riegger, Tobias Robischon

REDAKTION Monika Berghäuser, Alexander Gemeinhardt, Peter Lonitz

GESTALTUNG Büro Schramm für Gestaltung GmbH, bueroschramm.de

DRUCK Ph. Reinheimer, Darmstadt

© 2017 Schader-Stiftung, Darmstadt © der abgebildeten Werke: Schader-Stiftung, Christoph Rau

ISSN 2199-5044



